

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Gremium:	<b>45. Plenarsitzung des Gemeinderates</b>
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	<b>11.12.2007 1198 11 öffentlich Dez. 2</b>
<b>Verrechnung von Kostenüberdeckungen bei den Gebühren für die Abfallwirtschaft (Ergebnisausgleich)</b>		

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Hauptausschuss	04.12.2007	7	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Gemeinderat	11.12.2007	11	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

#### Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat stimmt – nach Vorberatung im Hauptausschuss – bei den Gebühren für die Abfallwirtschaft der vorgeschlagenen Verrechnung der Kostenüberdeckung aus 2002 i. H. v. 0,5 Mio. € mit der voraussichtlichen Unterdeckung aus 2007 i. H. v. 4,9 Mio. € zu.

Des Weiteren erklärt er sich mit dem Zurückstellen der Entscheidung über die Verrechnung der Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2004 (5,2 Mio. €), 2005 (4,5 Mio. €) und 2006 (1,0 Mio. €) einverstanden.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Kostenüberdeckungen, die sich am Ende des Haushaltsjahres ergeben, sind nach § 14 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen, Kostenunterdeckungen können in diesem Zeitraum ausgeglichen werden.

Bei den Gebühren für die Abfallwirtschaft (Teilhaushalt 7000) bestehen aus Vorjahren zz. folgende Kostenüber- (+) bzw. -unterdeckungen (-) in Mio. €:

2002	+ 0,5
2003	ausgeglichen
2004	+ 5,2
2005	+ 4,5
2006	+ 1,0

Bei der Kostenüberdeckung aus 2006 ist der streikbedingte Einnahmeausfall in Höhe von 2,7 Mio. € - infolge des Gemeinderatsbeschlusses vom 23.05.2006 - bereits berücksichtigt.

Das Jahr 2002 erbrachte eine Überdeckung in Höhe von 12,4 Mio. €. Diese wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 13.12.2005 mit der Unterdeckung aus 2003 in Höhe von 7,1 Mio. € verrechnet. Der saldierte Betrag von + 5,3 Mio. € wurde mit dem für 2006 eingeplanten Zuschuss von 4,8 Mio. € verrechnet. Die Entscheidung über die verbleibende Überdeckung von 0,5 Mio. € des Jahres 2002 wurde zunächst zurückgestellt. Aufgrund der 5-Jahres-Frist ist nunmehr darüber zu entscheiden. Die Verwaltung schlägt vor, diese Überdeckung mit einer voraussichtlichen Unterdeckung aus 2007 i. H. v. 4,9 Mio. € zu verrechnen.

Die voraussichtliche Unterdeckung in 2007 entsteht insbesondere durch die Kosten für die Anlieferung des Restmülls zur Müllverbrennungsanlage in Mannheim.

Da durch die Müllanlieferungen nach Mannheim weitere Unterdeckungen entstehen, empfiehlt die Verwaltung, die Entscheidung über die Verwendung der Kostenüberdeckungen 2004 bis 2006 zurückzustellen. Die Kostenüberdeckung aus 2004 von 5,2 Mio. € ist bis 2009 auszugleichen, die Überdeckungen aus 2005 und 2006 bis 2010 bzw. 2011.

Damit können die seit 2004 geltenden Gebührensätze für die Abfallwirtschaft bis auf weiteres gehalten werden.

**Beschluss:****Antrag an den Gemeinderat**

1. Der Gemeinderat stimmt – nach Vorberatung im Hauptausschuss – bei den Gebühren für die Abfallwirtschaft der vorgeschlagenen Verrechnung der Kostenüberdeckung aus 2002 i. H. v. 0,5 Mio. € mit der voraussichtlichen Unterdeckung aus 2007 i. H. v. 4,9 Mio. € zu.
  
2. Des Weiteren erklärt er sich mit dem Zurückstellen der Entscheidung über die Verrechnung der Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2004 (5,2 Mio. €), 2005 (4,5 Mio. €) und 2006 (1,0 Mio. €) einverstanden.

Hauptamt - Sitzungsdienste -

30. November 2007